

Ruhrgebiets-AG „Soziale Grundrechte“

Kontakt: Günther Nierstenhöfer, 0 23 25 793 400
c/o Bahnhof Langendreer, 44894 Bochum

An den
1. Bevollmächtigten der IGM
Verwaltungsstelle Bochum
Herrn Ludger Hinse
Humboldtstr. 46

44787 Bochum

05.11.03

Offener Brief

Großdemonstration gegen den sozialen Kahlschlag in Berlin am 1.11.2003

Sehr geehrter Ludger Hinse,

Wir sind sehr enttäuscht über die fehlende Unterstützung durch die Bochumer IG Metall zur Demonstration in Berlin. Entgegen Ihrer Ansicht wurde zu dieser Veranstaltung nicht nur von verschiedenen Bündnissen gegen den Sozialabbau, Arbeitsloseninitiativen und Attac aufgerufen, es beteiligten sich bundesweit auch zahlreiche Verwaltungsstellen der IG Metall an dieser Demonstration bzw. riefen zur Teilnahme auf. Selbstverständlich organisierten diese Ortsverwaltungen auch Fahrgelegenheiten (Busse) für Berlin.

Die Verwaltungsstelle Bochum war leider nicht dabei. Dem Vernehmen nach wurde die Ablehnung damit begründet, dass die IG Metall kein Reiseunternehmen sei. Das ist zwar richtig, aber sie ist eine Interessenvertretung ihrer (auch erwerbslosen) Mitglieder. Durch das desinteressierte und passive Verhalten der Bochumer IGM (keine Mobilisierung und keine organisatorische Unterstützung) wurde eine wichtige Möglichkeit zu Protest und Widerstand vertan.

Die Haltung der Bochumer IGM ist um so dramatischer, als sich der laufende Sozialabbau inzwischen nicht nur gegen die Erwerbslosen, sondern gegen fast alle „Normalbürger“ richtet, natürlich mit Ausnahme der Reichen und Großunternehmer. Gerade zu deren Gunsten wird bekanntlich umverteilt und gestrichen.

Eine Politik, die auf skandalöse Weise die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher macht, kann gerade von den Gewerkschaften keinesfalls länger hingenommen werden.

Mit freundlichen Grüßen
i.A. Ulrich Achenbach, Bochum,
Tel. 0234 361094

Ruhrgebiets-AG „Soziale Grundrechte“

**Kontakt: Günther Nierstenhöfer, 02325 793400
c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum**

An
Ver.di
Vereinigte Dienstleistungs-
Gewerkschaft e.V.
Bezirk Bochum
Universitätsstr. 76
44787 Bochum

05.11.03

Offener Brief

Großdemonstration gegen den sozialen Kahlschlag in Berlin am 1.11.2003

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir sind sehr enttäuscht über die fehlende Unterstützung durch den Bochumer Verdi-Bezirk zur Demonstration in Berlin. Entgegen Ihrer Ansicht wurde zu dieser Veranstaltung nicht nur von verschiedenen Bündnissen gegen den Sozialabbau, Arbeitsloseninitiativen und Attac aufgerufen, es beteiligten sich bundesweit auch zahlreiche Verwaltungsstellen der Verdi-Bezirke an dieser Demonstration bzw. riefen zur Teilnahme auf. Selbstverständlich organisierten diese Ortsverwaltungen auch Fahrgelegenheiten (Busse) für Berlin.

Der Bezirk Bochum war leider nicht dabei. Von der größten Einzelgewerkschaft hätten wir mehr Solidarität erwartet. Durch das desinteressierte und passive Verhalten des Verdi-Bezirks Bochum (keine Mobilisierung und keine organisatorische Unterstützung) wurde eine wichtige Möglichkeit zu Protest und Widerstand vertan.

Die Haltung der Gewerkschaft Verdi ist um so dramatischer, als sich der laufende Sozialabbau inzwischen nicht nur gegen die Erwerbslosen, sondern gegen fast alle „Normalbürger“ richtet, natürlich mit Ausnahme der Reichen und Großunternehmer. Gerade zu deren Gunsten wird bekanntlich umverteilt und gestrichen.

Eine Politik, die auf skandalöse Weise die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher macht, kann gerade von den Gewerkschaften keinesfalls länger hingenommen werden.

Mit freundlichen Grüßen
i.A. Ulrich Achenbach, Bochum,
Tel. 0234 361094

Ruhrgebiets-AG „Soziale Grundrechte“

Kontakt: Günther Nierstenhöfer, 02325 793400

c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum

Presseerklärung

Großdemonstration in Berlin gegen den Sozialkahlschlag

Keine Unterstützung durch die größten Einzelgewerkschaften Verdi und IG Metall in Bochum

Die Ruhrgebiets AG „Soziale Grundrechte“ sieht sich in ihrem Widerstand gegen den sozialen Kahlschlag durch die machtvolle Demonstration in Berlin am 1.11.03 mehr als bestätigt. Es scheint sich zu bestätigen, dass hinter den Protesten letztlich die Mehrheit der Bevölkerung steht (so auch der Tenor in einem Großteil der deutschen Presse). Diesen Eindruck hatte die AG „soziale Grundrechte“ auch schon bei ihren letzten öffentlichen Aktionen gewonnen.

Dennoch gab es trotz dieses großen Erfolges in Berlin aus Bochumer Sicht einige Kritikpunkte.

Wir meinen die mangelhafte Unterstützung durch die örtlichen Gewerkschaften.

Obwohl bundesweit zahlreiche gewerkschaftliche Ortsverwaltungen/Bezirke von IG-Metall, Ver.di und weiteren Einzelgewerkschaften aufriefen, stellten sich hier die Verantwortlichen der IG Metall und Verdi stur. „Das ist nicht unsere Veranstaltung, daher beteiligen wir uns nicht und stellen auch keine Busse für die Fahrt nach Berlin“, argumentierte z.B. Ludger Hinse, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Bochum.

Der Sozialabbau betrifft inzwischen fast alle Schichten der „Normalbevölkerung“ (Lohnabhängige, Alte, Kranke, Erwerbslose, Behinderte etc.) – aber mit bewusster Ausnahme der Reichen und Großunternehmer.

Ob Zuzahlungen bei Arztbesuch, Krankenhaus oder Finanzierung des Krankengeldes nur durch die Arbeitnehmer, ob Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, ob Rentenkürzungen – die Gewerkschaften hätten allen Grund und auch die Pflicht, Protestaktionen tatkräftig zu unterstützen.

So aber waren verschiedene Initiativen und Einzelpersonen gezwungen, auf eigene Rechnung Fahrgelegenheiten nach Berlin zu organisieren oder aus Kostengründen ganz auf die Anreise nach Berlin zu verzichten.

Wir meinen: auch die Bochumer Gewerkschaften sind aufgerufen, sich endlich aktiv am laufenden Widerstand zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Ulrich Achenbach, Bochum,

Tel. 0234 361094

Ruhrgebiets-AG „Soziale Grundrechte“

Kontakt: Günther Nierstenhöfer, 02325793400

c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum

**An den
Polizeipräsidenten in Berlin
Platz der Luftbrücke 6**

12101 Berlin

05.11.03

Schikanen gegen die Teilnehmer der Demonstration am 1.11.03 in Berlin

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident,

direkt bei der Ankunft unserer Teilnehmer an dieser Demonstration wurden Personen, die Transparente, Plakate u.ä. mitführten, genötigt, diese durch die Berliner Polizei kontrollieren zu lassen.

Dies ist ein eindeutiger Verstoß gegen die freie Meinungsäußerung nach Art. 5 Abs. 1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Solche Praktiken, die an totalitäre Staaten (Diktaturen) erinnern, waren uns bisher aus Deutschland nicht bekannt.

Wir sind ein unabhängiges Bündnis gegen den Sozialabbau in Deutschland und protestieren auf schärfste gegen die gesetzwidrige Nötigung durch die Berliner Polizei und behalten uns rechtliche Schritte vor.

Ruhrgebiets-AG „Soziale Grundrechte“

I.A.

Ulrich Achenbach, Bochum,

Tel. 0234-361094

Ruhrgebiets-AG „Soziale Grundrechte“

**Kontakt: Günther Nierstenhöfer, 0 23 25 793 400
c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum**

**Landesverband Berlin der PDS
Karl-Liebknecht-Haus
z.Hd. Herrn Liebich
Kleine Alexanderstraße 28**

10178 Berlin

05.11.03

Schikanen gegen die Teilnehmer der Demonstration am 1.11.03 in Berlin

Sehr geehrter Herr Liebich,

die Berliner Polizei kontrollierte bei fast allen Teilnehmern der Demonstration am 1.11.03 mitgeführte Transparente, Flugblätter, Plakate u.ä. Die Nötigung der TeilnehmerInnen der Demonstration konnten wir so nicht akzeptieren und haben dies unmissverständlich bei verschiedenen dafür zuständigen Berliner Behörden angeprangert.

Zu Ihrer Information nachfolgend der Originaltext:

„direkt bei der Ankunft unserer Teilnehmer an dieser Demonstration wurden Personen, die Transparente, Plakate u.ä. mitführten, genötigt, diese durch die Berliner Polizei kontrollieren zu lassen.

Dies ist ein eindeutiger Verstoss gegen die freie Meinungsäußerung nach Art. 5 Abs. 1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Solche Praktiken, die an totalitäre Staaten (Diktaturen) erinnern, waren uns bisher aus Deutschland nicht bekannt.

Wir sind ein unabhängiges Bündnis gegen den Sozialabbau in Deutschland und protestieren auf schärfste gegen die gesetzwidrige Nötigung durch die Berliner Polizei und behalten uns rechtliche Schritte vor.“

I.A.

Ulrich Achenbach, Bochum,
Tel. 0234 361094

Ruhrgebiets-AG „Soziale Grundrechte“

**Kontakt: Günther Nierstenhöfer, 0 23 25 793 400
c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum**

PDS

**Frau Petra Pau
Platz der Republik 1,**

11011 Berlin

05.11.03

Schikanen gegen die TeilnehmerInnen der Demonstration am 1.11.03 in Berlin

Sehr geehrte Frau Pau,

die Berliner Polizei kontrollierte bei fast allen Teilnehmern der Demonstration am 1.11.03 mitgeführte Transparente, Flugblätter, Plakate u.ä. Die Nötigung der TeilnehmerInnen der Demonstration konnten wir so nicht akzeptieren und haben dies unmissverständlich bei verschiedenen dafür zuständigen Berliner Behörden angeprangert.

Zu Ihrer Information nachfolgend der Originaltext:

„direkt bei der Ankunft unserer Teilnehmer an dieser Demonstration wurden Personen, die Transparente, Plakate u.ä. mitführten, genötigt, diese durch die Berliner Polizei kontrollieren zu lassen.

Dies ist ein eindeutiger Verstoss gegen die freie Meinungsäußerung nach Art. 5 Abs. 1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Solche Praktiken, die an totalitären Staaten (Diktaturen) erinnern, waren uns bisher aus Deutschland nicht bekannt.

Wir sind ein unabhängiges Bündnis gegen den Sozialabbau in Deutschland und protestieren auf schärfste gegen die gesetzwidrige Nötigung durch die Berliner Polizei und behalten uns rechtliche Schritte vor.“

I.A.

Ulrich Achenbach, Bochum,
Tel. 0234-361094